

herunterzuspielen und ihre Schuld zu verkleinern, wurde und wird doch die SED, weil sie immer recht hatte und recht haben mußte, weil sie sich – wie Robert Havemann einmal bemerkte – als „Institut der ewigen Wahrheit“ verstand und feiern ließ, als allgegenwärtige Institution auch allverantwortlich gemacht. Wer sich als Geber guter Gaben über viele Jahre preisen läßt, der muß es auch ertragen, für alle Fehler und Mißstände verantwortlich gemacht zu werden. Wer – so scheint es – jeden produktiven Meinungsstreit verbieten wollte, muß immer damit rechnen, daß er mit Gewalt – und wenn es auch nur die sanfte Gewalt Tausender von Kerzen ist – eines Tages davongejagt wird.

Die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland ist eine schwierige Aufgabe, an deren Lösung eine rechtsstaatliche Justiz sich nur in Grenzen beteiligen kann, die ihr nämlich die Verfassung und das Recht setzen. Das hat uns auch der Honecker-Prozeß gelehrt.

Um so wichtiger ist heute die Arbeit der Enquete-Kommission. Mit der heutigen Anhörung über die Machthierarchie der SED wird in den Blick genommen, wie die SED-Diktatur überhaupt funktionieren konnte und welchen Anteil einzelne Institutionen und Menschen daran hatten, daß sie über vierzig Jahre lang überdauerte.

Ich danke schon jetzt allen denen, die durch ihre Beiträge in dieser Anhörung anschaulicher machen werden, was die Machthierarchie der SED wirklich darstellte, mit welchen Mitteln sie ihre Position zu wahren suchte und wie sie ihre Macht schließlich verspielte.

Ich hoffe, daß wir, die wir heute hier sind, morgen abend klüger sein werden und differenzierter Bescheid wissen. (Beifall)

Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren, meine Kolleginnen und Kollegen! Ihr Vorsitzender hat mich ermuntert, aufgefordert, einige Worte zur Begrüßung der Enquete-Kommission hier in Berlin zu sagen. Das tue ich gern. Er hat schon auf die besondere Bedeutung dieser Stadt im Rahmen der Aufgabe hingewiesen, der Sie sich unterworfen haben.

Wenn die Wände dieses Hauses sprechen würden, könnten sie wohl so manche Geschichte erzählen: Hier residierte im Dritten Reich die Reichsbank, hier residierte die SED, hier beriet das einzige frei gewählte Parlament der DDR. Und heute tagen Sie hier, die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages.

Ich glaube, nicht von ungefähr haben Sie sich in die Mitte Berlins begeben. In Berlin spiegelt sich die Geschichte unseres Landes wider. Berlin ist ein geeigneter Ort, um sich auch gerade mit der jüngsten Vergangenheit zu beschäftigen. Aus diesem Grunde heiße ich Sie herzlich willkommen.

Diese Stadt Berlin ist die Bundeshauptstadt eines Landes, das mehr als jedes

andere mit und aus seiner Geschichte lebt. Ihre Aufgabe ist es, einen wichtigen Abschnitt unserer schwierigen und wechselhaften Vergangenheit zu ergründen. Wir wissen: Bei vielem, was geschieht, sind wir nur Ahnende, Vermutende, nur selten Wissende. Wir haben jedoch die Möglichkeit, uns im nachhinein um Aufklärung zu bemühen, können fragen, nachlesen und erforschen, und wir möchten wissen, was sich ereignet hat, wer dafür Verantwortung und Schuld trägt.

Damit ist sicherlich das Vergangene nicht mehr zu ändern oder zu „bewältigen“, aber wir können durch Verstehen mehr Gewißheit über uns und über unsere Mitmenschen gewinnen, und wir können – im glücklichsten Fall – Fehler, die wir erkannt haben, in Zukunft vernünftigt vermeiden.

Dabei stehen Deutsche zum wiederholten Male vor den Trümmern einer Epoche. Ein Regime ist vergangen. In der DDR wurden im Namen einer Idee Menschen unterdrückt, wurde Idealismus mißbraucht, wurden Landschaften vergiftet und Städte dem Verfall preisgegeben. Dies alles ist das Werk von Menschen, die sich – aus welchen Motiven aus immer – einer Partei verschrieben hatten.

Heute sind wir umringt von den Problemen des Alltags. Die Einheit wird als Glück, aber auch als schwere Bürde empfunden. Wir wollen gemeinsam voranschreiten, eine moderne, eine demokratische Gesellschaft, ein europäisches Deutschland zu sein. Aber beim Fortschreiten können wir auf den Blick zurück mit Sicherheit nicht verzichten. Um uns selbst und unseren Nachbarn zu begreifen, müssen wir zurückblicken und versuchen, das Gewesene zu verstehen. Dazu einen Beitrag zu leisten, das ist der Auftrag Ihrer Kommission, der Enquete-Kommission.

Sie haben dabei aus meiner Sicht eine gesamtdeutsche Aufgabe, denn deutsche Geschichte nach 1945 ist unsere gemeinsame Geschichte. Wir sind ein Volk, eine Nation. Es geht nicht darum, daß der Westen dem Osten die Vergangenheit aufarbeiten will. Vergangenheit ist nicht teilbar. Schufte und Edelleute, Wohlmeinende und Verblendete, Erfolgreiche und Gescheiterte hat es auf beiden Seiten, auf allen Seiten gegeben. Die Irrtümer und Verbrechen unserer Geschichte sind deutsche Irrtümer und deutsche Verbrechen.

Ich meine, dies genau sollte der Leitgedanke sein, meine Damen und Herren, wenn wir uns alle gemeinsam auch mit der jüngsten Vergangenheit beschäftigen. Ansonsten könnten wir ja gleich dazu übergehen, unsere gemeinsame, unsere gesamte Geschichte nur aus einem Blickwinkel zu betrachten. Dann wäre Goethe ein ostdeutscher Dichter – oder auch nicht, weil er ja gerade in Frankfurt am Main geboren wurde –, Beethoven ein „Wessi“, und Immanuel Kant – ja, was wäre der denn eigentlich? Also, schon aus diesen Beispielen wird sehr deutlich: Künstliche Teilung unserer Geschichte ist sinnlos und falsch.

Eine andere Überlegung hat meines Erachtens bei der Aufarbeitung der

SED-Diktatur unser Handeln zu bestimmen. Wir sollten versuchen, dem Wesentlichen auf den Grund zu kommen. Dabei will ich eine Eingrenzung machen zu dem, was oftmals die Tagespolitik bestimmt. Die Enttarnung „inoffizieller Mitarbeiter“ des Ministeriums für Staatssicherheit ist meines Erachtens, wenn man sich nur darauf konzentriert, geeignet, falsche Schwerpunkte zu setzen und von dem, was notwendig ist – nämlich der notwendigen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit –, abzulenken. Das Wesentliche – das war in der DDR die Partei, die SED; nur wenn dies im Vordergrund steht, wird aus meiner Sicht der Tendenz zu unverantwortlicher DDR-Nostalgie entgegengewirkt.

Spitzeldienste geleistet zu haben, ist – darüber sind wir sicherlich einer Meinung – eine schmutzige Angelegenheit. Doch wenn wir uns nur mit diesen Leuten beschäftigen, verlieren wir leicht das Wesentliche aus den Augen, und das ist die Partei, die die Menschen dazu ermuntert und verführt hat, so zu handeln. Es ist trotzdem nicht überflüssig, zu fragen, was dieser und jener in fraglicher Zeit getan hat. Dort, wo Verbrechen geschehen sind, wo Fehlverhalten anderen geschadet hat, sollten, ja müssen die Betroffenen zur Rechenschaft gezogen werden.

Theo Sommer schrieb zu diesem Thema in der letzten Ausgabe der „Zeit“, es komme auf Lernprozesse an, weniger auf Strafprozesse. Ich meine, hier irrt Theo Sommer; es kommt auf beides an: Lernen aus Fehlern und Strafe für Verbrechen. Aber es muß auch gelten: Menschen haben ein „Recht auf Irrtum“. Es steht uns jedenfalls – das ist meine Überzeugung – nicht zu, einfach nur pauschal über jene zu richten, die einer falschen Ideologie gefolgt sind. Wir müssen uns – so meine Position – differenzierter als bisher der Mühe unterziehen, die komplexen Informations- und Entscheidungswege des Regimes zu untersuchen. Erst wenn wir die Funktionsweise der Diktatur erfassen, lernen wir richtig für die Zukunft und können wir wirklich beurteilen, welche Rolle einzelne darin gespielt haben.

Wir beobachten derzeit eine rasche punktuelle Historisierung der DDR – punktuell, weil die Medien dem außergewöhnlichen, dem besonderen Verbrechen auf der Spur sind. Beinahe täglich konfrontieren sie uns mit Ergebnissen akribischer, jedoch nicht immer ausgewogener Nachforschungen. Mit der Hartnäckigkeit von Spürhunden werden vermeintliche oder wirkliche Übeltäter ermittelt und ins grelle Licht der Öffentlichkeit getrieben – so lange, wie das Thema absatzfördernd aufbereitet werden kann. Und manchmal hat man den Eindruck: Es ist schon fast gleichgültig, welches Ergebnis die Untersuchungen haben, wenn sie denn nur zu Überschriften führen, und viele Menschen sagen: „Nun hört doch mal endlich auf!“ Das wäre auch eine falsche Schlußfolgerung.

Meine Damen und Herren, ich sage hier nichts weiter konkret zu dem Honecker-Prozeß – auch aus meiner Verantwortung in der Politik gegenüber der Justiz heraus nicht –, aber es ist schon bemerkenswert, wieviel wir in den

vergangenen Wochen über Herrn Honeckers Leber erfahren haben und wie wenig über seine Herrschaft. So wichtig der Beitrag journalistischer Arbeit für die Geschichtsschreibung auch sein mag, er reicht nicht aus, um seriöse Forschung zu ersetzen.

Das, meine Damen und Herren, ist der Grund, warum ich jedenfalls die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für so wichtig halte, warum ich die Arbeit mit großem Interesse verfolge, warum das viele Menschen in diesem Lande tun und warum die Arbeit so wesentlich ist. Dabei weiß ich. Ihre Aufgabe ist umfangreich. Ich jedenfalls wünsche, daß Ihre Arbeit hilft, unsere Geschichte besser zu begreifen. Wenn dies gelingt, kann die Enquete-Kommission über ihr eigentliches Ziel hinaus einen substantiellen Beitrag zur Verwirklichung der inneren Einheit unseres Landes leisten. Dabei wünsche ich viel Erfolg. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Regierender Bürgermeister, für Ihr nachdenkenswertes Wort und Ihre guten Wünsche.

Wir wollen uns dem Thema „Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung“ weiter nähern. Wir haben dazu drei Referenten gebeten, die offenbar alle das gleiche Thema haben: Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung, Verknüpfung zwischen Partei und Staat in der DDR, Mittel und Wege der sowjetischen Einflußnahme Ende der vierziger Jahre – diesen Teilsaspekt wird uns Herr Professor Weber aus Mannheim nahebringen –, in den fünfziger Jahren – dazu hören wir Fritz Schenk, Zweites Deutsches Fernsehen Mainz – und danach abschließend Professor Dr. Wolfgang Seiffert, Universität Kiel, zu den sechziger und siebziger Jahren. Bitte, Herr Professor Weber!

Prof. Dr. Hermann Weber: Verehrte Anwesende, fast genau zehn Jahre vor Kriegsende, am 3. Mai 1935, kurz vor den blutigen Säuberungen in der Sowjetunion, hat Stalin einen Ausspruch getan, der in der Folgezeit immer wieder zitiert worden ist und als Leitlinie kommunistischer Parteien gegolten hat. Der Ausspruch lautete: „Die Kader entscheiden alles!“ Dieser Ausspruch zeigte zur damaligen Zeit, daß Stalin der Meinung war: Das Regierungssystem, das Herrschaftssystem, die Diktatur waren so gefestigt, die Institutionen waren herausgearbeitet, die Mechanismen der Macht eingeübt, so daß es, wenn man dieses System längerfristig aufrechterhalten wolle, darauf ankomme, genügend Kader auszubilden, damit die dann die entsprechenden Positionen besetzen könnten.

Im Jahre 1945, als die Rote Armee im Ostteil Deutschlands einrückte, ging die Vorstellung Stalins natürlich nicht nur dahin, hier ein System nach dem Muster seines Sowjet-Systems zu errichten; es gab eine ganze Reihe anderer Problemfelder, die ihn beeinflussten. Nur, als man daranging, dies zu tun, hatte man die Schwierigkeit, beides gemeinsam schaffen zu müssen, sowohl die Institutionen, den Ausbau der Mechanismen, als eben auch die Heranbildung der entsprechenden Kader.